

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Synode, meine Damen und Herren,

für das zu Ende gehende Jahr hatte ich als Schwerpunktthema „Diakonie“ gewählt. Ich bin dankbar für die vielen Besuche sowohl in großen Einrichtungen unserer Landeskirche als auch in vielen kleinen diakonischen Projekten von Gemeinden oder auch eigenständigen Initiativen. Im Juni beispielsweise wurde unser Hospital Lilienthal 55 Jahre alt. Nach dem 2. Weltkrieg nahm sich unsere Landeskirche hier schwerst mehrfach behinderter Kinder an, die von ihren Eltern auf der Flucht ausgesetzt wurden, oder in den Kriegswirren verlorengegangen waren. „Siechen“ nannte man sie damals, die- so wurde angenommen – nicht lange leben würden. Die reine Verwahranstalt von damals mitten im Nachkriegschaos ist heute eine Behinderteneinrichtung von großer Kompetenz.

Anlässlich des Besuches der Landesbischöfin führte die Theatergruppe das Stück „Räuber Hotzenplotz“ vor Gästen und Mitbewohnern auf. Diese Theatergruppe besteht seit drei Jahren und ist etwas ganz besonderes. Alle Schauspieler sind schwer mehrfach behindert, alle im Erwachsenenalter. Gar nicht so einfach für den Regisseur, der ein Profi ist! Als der Räuber Hotzenplotz im elektrischen Rollstuhl auf die Großmutter zurast und ruft: „Gib die Kaffeemühle her!“, brüllt die Großmutter zurück „Ne, die kriegst du nicht!“. Der Räuber Hotzenplotz erwidert: „Mann, ich bin doch nicht blöd.“ Seppel ruft von der Seite: „Na klar bist du blöd, Birgit!“ Grosse Erheiterung bei den Lilienthalern! Nun entwendet der Räuber Hotzenplotz der Großmutter in fast gewalttätiger Aktion die Kaffeemühle und rast mit dem Rollstuhl wütend davon. Kasperl kommt zum Vorschein und fragt die Großmutter: „Großmutter, hat der Räuber Hotzenplotz etwa die Kaffeemühle geklaut?“ Die Großmutter verschränkt die Arme und sagt wütend: „Ne, das was war Birgit!“ Die Heiterkeit im Publikum erreicht schließlich ihren Höhepunkt, als Kasperl und Seppl gefangen sitzen und rufen „Großmutter, du musst uns retten“ und die Großmutter zurückbrüllt „Denkste Puppe!“ So endete die Vorstellung mit tosendem Beifall.

Liebe Synodale, wir haben ein Fest gefeiert. Ein Fest des Lebens dort mitten in Lilienthal. Und mich hat beeindruckt, wie die Bewohnerinnen und Bewohner mit all ihren Behinderungen, die sie so viel Kraft kosten mit unbändiger Lebenslust ganz selbstverständlich mitgefeiert haben – bei der Theateraufführung, beim festlichen Spargelessen, beim Rundgang über das Gelände und dem Gottesdienst. Ein wahres Fest des Lebens, bei dem die reformatorische Einsicht erfahrbar wurde: Gott sagt dem Leben Sinn zu. Wir können ihn nicht erarbeiten, er-leisten, sondern er ist ein Geschenk. Und da ist die schwerbehinderte Birgit nicht weniger wert als der begabte Theaterregisseur, die sterbende alte Frau nicht weniger als der Chef eines großen Unternehmens. Ein Fest des Lebens, bei dem die Menschen glücklich waren im Juni in Lilienthal...

An vielen Orten habe ich erlebt, wie unsere diakonischen Einrichtungen die Würde jedes Menschen ernst nehmen, egal, welche körperliche oder geistige Behinderung er hat. Das konnte ich auch bei meinem letzten Besuch wieder wahrnehmen, als ich vor kurzem in den Diakonischen Werken Himmelsthür mit einer Gruppe unterschiedlich behinderter Menschen in Wildeshausen zu Abendbrot gegessen habe. Wie hier

auf jeden Einzelnen eingegangen wird, wie hier versucht wird, würdiges und so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, das hat mich beeindruckt. Das ist das besondere Profil evangelischer Diakonie: Jeder Mensch wird als Gottes Ebenbild wahrgenommen und geachtet, und sei er in seinen Lebensäußerungen noch so eingeschränkt. Wie wir das angesichts der finanziellen Herausforderungen gewährleisten, darum muss nicht nur jede Einrichtung selbst, darum müssen wir als Kirche insgesamt ringen.

Ja, die Kirche und die Diakonie! Manches Mal in diesem Jahr habe ich Spannungen erlebt. Ich denke an einen Kirchenkreisbesuch, bei dem ich an einer Sitzung der diakonischen Vernetzungsgruppe teilnahm, die regelmäßig zusammengerufen wird, um der alle diakonischen Einrichtungen des Kirchenkreises miteinander im Gespräch zu halten. Unter den diskutierten Thesen war auch die: „Hier ist richtige Kirche.“ Da gab es offensichtlich bei einigen den Eindruck, dass erst Diakonie kirchliche Existenz begründet, während „die Kirche“ von manchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eher distanziert gesehen wurde. Gleichermaßen habe ich erlebt, dass Kirchengemeinden mit Blick auf diakonische Einrichtungen fragen: Haben *die* etwas mit uns zu tun oder sind sie nicht etwas völlig Selbständiges, weit weg von der Kirche und ihrer Realität? Die Mitarbeitenden kommen ja noch nicht einmal zum Sonntagsgottesdienst... Und es gibt natürlich auch die gelebte und selbstverständliche Verbindung von Kirche und Diakonie. Ich denke beispielsweise an einen anderen Kirchenkreis, in dem ich Diakoniestation und –verein besucht habe. Dort wurde ganz deutlich: zwar gibt es die traditionelle Gemeindefeste nicht mehr, aber das Pflegepersonal in der ambulanten Diakonie ist eng verbunden mit der Kirchengemeinde, macht den Pastor aufmerksam, wo es notwendig ist, einen Besuch zu machen, Kirche und Diakonie sind nicht zwei Paar Schuhe. Das ist aber beispielsweise hier auch in Hannover der Fall, wo durch eine Konzentration manche Diakoniestation zwar weggefallen und jetzt vieles zentraler organisiert ist. Dennoch wurde deutlich: die ambulanten Pflegedienste besuchen Gemeindefeste, bauen Brücken, sind im Kontakt mit der Gemeinde vor Ort und vermitteln beispielsweise auch hin zum ambulanten Hospizdienst.

Wahrscheinlich liegen im Zusammenspiel unsere großen Chancen für die Zukunft. Hier ist nicht eine Einrichtung allein, sondern wir stehen zusammen vor den Herausforderungen von Pflege, von Alter, von Sterben, von Behinderung. Gemeinde und Institution, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, große Einrichtungen und gemeindliche Aktivität gehören zusammen, auch in der Verknüpfung unserer Ressourcen. Zum Beispiel: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ständig Schwerstkranke und Sterbende pflegen, brauchen seelsorglichen Beistand. Der wird vielerorts durch Pastorinnen und Pastoren geleistet.

Durchgehend bin ich mit drei Problemkreisen konfrontiert worden. Das eine ist die Dramatik der Finanzierungsfragen, das andere die Frage des Alterns in Würde und schließlich geht es um ethische Konflikte.

Beginnen wir mit den Finanzen. Die Pflegesätze orientieren sich offensichtlich an einem Minimalkonzept von „satt und sauber“. Das aber kann keine menschenwürdige Pflege ermöglichen. Wenn wir uns vorstellen, dass für die „große Morgenwäsche mit Toilettengang“ 23 Minuten bezahlt werden, ist wahrscheinlich deutlich, dass ein alter Mensch, ein pflegebedürftiger Mensch mehr Zeit braucht, um des Morgens ge-

waschen, gekämmt, frisch gebettet zu werden. In einer Kampagne des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau vor der Bundestagswahl wurde gesagt: „Allein die Praxis der letzten Jahre zeigt, dass im Bundestag und in den Landtagen zwar ständig neue Gesetze verabschiedet werden, die Politik aber nicht willens oder fähig ist, die Glaubwürdigkeitslücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu schließen.“ Deshalb ist ganz deutlich: Während die Bürokratisierung und der Verwaltungsaufwand zunehmen (eine Pflegedienstleiterin sagte mir, 50% ihrer Arbeitszeit bestünde inzwischen im Ausfüllen von Formularen), hat die „Pflegeversicherung, die angetreten war, pflegebedürftigen Menschen mit einer ganzheitlichen Versorgung beizustehen ... dieses ursprüngliche Ziel bisher verfehlt.“¹ Deshalb kann ich nur voll die Resolution zur Zukunft der Pflege unterstützen, die im September dieses Jahres die Diakonie in Niedersachsen verabschiedet hat. Dort sind folgende Forderungen aufgeführt:

- Die Pflege muss an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientiert sein. Den Kassen müssen ausreichend finanzielle Mittel für die Leistungsgewährung zur Verfügung stehen.
- Die schleichende Leistungseinschränkung in der häuslichen Pflege muss beendet werden.
- Die Kostenträger sind aufgefordert, für die Pflege in den Pflegeheimen das erforderliche Personal zu finanzieren.
- Um Mitarbeitende auf Dauer in ihrem Berufsfeld zu halten und junge Menschen für Pflegeberufe zu begeistern, muss die Attraktivität dieses Berufes gesteigert werden.
- Die menschliche Zuwendung, Beratung und Begleitung müssen von der Pflegeversicherung anerkannt und finanziert werden.²

Was ganz offensichtlich fehlt, ist ein klares Konzept für die Zukunft. Der Streit um die Finanzierung von Leistungen, der zwischen Krankenkassen, Pflegekassen, Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen hin und her geschoben wird, kann kein Zukunftskonzept sein. Gerade die Diakoniestationen stehen finanziell auf wackligem Grund, nur 20% schreiben bundesweit noch schwarze Zahlen. So kommt es dazu, dass Pflegefälle, die „sich rechnen“, gern betreut werden, aber wer pflegt die Menschen, deren Pflege sich „nicht rechnet“? Sie werden gern an kirchliche Einrichtungen „abgeschoben“, weil – und dieses Profil wollen wir ja auch – die Kirche sie nicht abweisen wird. Damit aber steigert sich unser finanzielles Dilemma.

Das sogenannte „Fall-Pauschalensystem“, das ab 2003 in die Kliniken optional eingeführt wird und die stationären Liegezeiten von Patientinnen und Patienten drastisch verkürzen soll, bringt zusätzliche Herausforderungen für die ambulante Pflege. Deshalb ist beides zu sehen, einerseits die zum Teil dramatische Situation der Kran-

¹ Wilfried Wesemann, Bereichsleiter Pflege im Diakonischen Werk Hannover in einem Papier.

² Aus: Diakonie in Niedersachsen, Resolution zur Zukunft der Pflege - September 2002 .

kenhäuser, zum anderen aber auch der zusätzliche Druck, der auf die ambulante Pflege zukommt. So kann ich mich nur der Verlautbarung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und des Katholischen Büros Niedersachsen nachdrücklich anschließen, in der es heißt: „Das Netz der ambulanten Pflege droht zum Nachteil der betroffenen pflegeabhängigen Menschen zu zerreißen. Wenn wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten wollen, werden wir gemeinsam mit Land und Kommunen, Krankenkassen, freigemeinnützigen und gewerblichen Anbietern nach Lösungen suchen müssen. Dazu rufen wir auf.

Dabei sind die vordringlichsten Ziele:

- ? Die Pflege und Betreuung muss entbürokratisiert werden, um wieder mehr Zeit für die direkten Pflegetätigkeiten und Kontakte mit den pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung zu haben.
- ? Die erforderlichen Zeiten für Pflege, die medizinische und soziale Versorgung müssen in einem notwendigen Umfang finanziert werden.“³

Nun haben sich am 08.11. dieses Jahres die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Kranken- und Pflegekassen in Niedersachsen auf Vergütungserhöhungen für ambulante pflegerische Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch geeinigt. Insgesamt sind diese Erhöhungen aber so geringfügig, dass sie wohl kaum mehr sind, als der „Spatz in der Hand“. Eine grundsätzliche Verbesserung der Rahmenbedingungen der ambulanten Pflege aber ist weiterhin nicht in Sicht und somit bleibt der Vorwurf der Unterfinanzierung aufrecht erhalten. Um unserer Einrichtungen, vor allem um der dort gepflegten und arbeitenden Menschen willen müssen wir uns als Kirche dieses Themas annehmen.

Kommen wir damit zur Frage des Alters.

In dramatischen Darstellungen wird immer wieder die Alterskurve unseres Landes dargestellt, zuletzt vor drei Wochen in der „Wirtschaftswoche“, die eindringlich vor Augen führt: Diese Form der Alterspyramide ist langfristig für ein Land hochproblematisch. Dies allerdings führt dazu, dass alte Menschen sich zunehmend als Belastung erfahren. So wurde auf dem sogenannten Weltaltengipfel in Madrid im April dieses Jahres von einem „age-quake“, vom Altersbeben, gesprochen. Parallel dazu greift geradezu eine Ideologie des Jung- und Gesundseins um sich. Eine ganze Ausgabe des Wochenmagazins Der Spiegel war der Frage gewidmet, wie dem Altern äußerlich Einhalt zu gebieten. Da gibt es Facelifting und Fettabsaugen, der Mensch kann sich Nervengifte unter die Falten spritzen lassen oder Silikon an den unterschiedlichsten Stellen einpflanzen lassen. Schöne neue Welt. Alle Operationen werden aber nicht verhindern, dass Menschen in unserem Land alte werden. Dass es langsamer geht, dass sie an der Supermarktkasse nicht locker die EC-Karte zücken, sondern mühsam versuchen, Geldstück um Geldstück zusammen zu zählen. Dafür gibt es wenig Geduld in unserem Land.

³ (Kurzfassung aus: Verlautbarung der Kirchen zur Situation der Pflegedienste, Hannover, den 16. September 2002)

Zum einen ist es natürlich positiv, dass Menschen zunehmend selbständig im Alter bleiben. Beispielsweise in der diakonischen Arbeit in Holzminden ist gut zu sehen, wie von erster Betreuung mit „Essen auf Rädern“ bis zur Vollzeitpflege verschiedene Stufen der Betreuung abgerufen werden können. In die eigentlichen Altenheime aber kommen oft nur noch Demenzkranke. Das Konzept eines Altenheimes, in dem Gemeinschaft erfahren wird, miteinander das Älterwerden erlebt wird, tritt in den Hintergrund. Natürlich habe ich auch dafür Beispiele erlebt, beispielsweise in Loccum, aber das Schema bzw. die Konzeption des Altenheimes verändert sich.

In dieser Situation hat die Kirche, haben wir Christinnen und Christen klar zu sagen: Das Alter hat seine eigene Würde. Ja, auch die Pflegebedürftigkeit und das Angewiesensein auf Hilfe ist nicht der Würde des Menschen abträglich. Gerade die Bibel lehrt uns, die Weisheit des Alters zu achten. Mit Blick auf viele Vorwürfe ist ebenfalls zu sagen: Entgegen vielen Vorurteilen werden die meisten Menschen noch immer zu Hause gepflegt. Das wird gesellschaftlich viel zu wenig anerkannt, hier gibt es zu wenig Entlastung.

Ein Aspekt, den ich hier nur streifen kann: Wir dürfen auch die Augen nicht davor verschließen, dass es Gewalt in der Pflege gibt. Das diakonische Werk Berlin-Brandenburg hat dazu letzte Woche eine Broschüre mit bedrückenden Erkenntnissen vorgestellt.

Mir liegt daran, dass Menschen im Alter Zuwendung erfahren, nicht einfach routiniert, sondern mit Zeit und Zärtlichkeit behandelt werden. Ich kann dem Präsidenten des Diakonischen Werkes, Jürgen Gohde, nur zustimmen: „Was muss eigentlich noch passieren, bis die Verantwortlichen verstehen, dass Altenpolitik kein Thema von Sozialromantikern ist, sondern das zentrale gesellschaftspolitische Thema.“⁴



Ein dritter Punkt: Es geht bei den Diskussionen immer auch um ethische Grundentscheidungen. Nehmen wir als Beispiel meinen Besuch im Diakoniekrankenhaus in Rotenburg/Wümme, hinter dem die Tradition eines Diakonissenmutterhauses steht und das ein gutes Beispiel evangelischen Profils darstellt. Unter anderem habe ich bei zwei Operationen dabei sein können. Bei der einen wurde ein Patient mit einem Magenkarzinom daraufhin untersucht, ob sich bereits Metastasen gebildet haben. Wenn dem so wäre, wäre eine Operation sinnlos ohne vorherige Bestrahlung. Ich war wirklich fasziniert, wie geschickt und präzise von außen die Mediziner kleinste Gewebeproben entnehmen, das ganze auf dem Bildschirm verfolgen und so ohne

⁴ „zeitzeichen“ 9/2002. Herausgeberkolumne.

eine großen Schnitt diese Untersuchung durchführen können. Verteufeln wir nicht den technischen Fortschritt! Es ist stets die Frage, wozu wir ihn gebrauchen.

Bei der anderen Operation wurde einer über 80jährigen Patientin das linke Bein amputiert. Als ich den Arzt fragte, ob sie vorbereitet sei, sagte er, sie sei geistig völlig verwirrt. „Warum operieren Sie dann?“, fragte ich. „Sie wäre sonst innerhalb von zwei Tagen an Venenverschluss gestorben,“ war die Antwort. Ich habe nun spontan votiert, dann möge die alte Dame in Frieden mit einer gehaltenen Hand einschlafen dürfen. Das aber wäre aktive Sterbehilfe gewesen, musste ich lernen. Denn auch mit einem amputierten Bein kann ein Mensch viele Jahre gut leben. Und wer will die Verwirrtheit beurteilen? Was für ein Dilemma! Ich habe mich gefreut, dass in Rotenburg diese Frage diskutiert wurde, denn das ist mir wichtig. Für Ärztinnen und Ärzte gibt es oft eine enorme Zerreißprobe: sie müssen täglich abwägen zwischen der ärztlichen Pflicht zu heilen und dem ethischen Gebot des Sterben-Lassens. Da wird reanimiert und es fragt sich: War das sinnvoll im Sinne des Lebens? Schnell gibt es Vorwürfe: Kommt die Mutter ins Krankenhaus, soll doch alles getan werden, damit sie überlebt. Da gibt es die Angst vor juristischen Konsequenzen und die Versicherungssummen für Krankenhäuser wie auch die Zahl der Prozesse steigen. Wir sollten um das Heilen ringen und doch auch unsere Gesellschaft zum Sterben-Lassen ermutigen, auch die Angehörigen. Manche Angehörige haben mich in letzter Zeit auf die für sie so schweren Entscheidungssituationen angesprochen. Sie wissen von meinem letzten Synodenbericht, dass ich aktive Sterbehilfe ablehne. Passive aber scheint mir eine gut christliche Haltung. Offensichtlich ist es gar nicht so leicht, die Grenzen zu definieren. Darüber müssen wir in ein breiteres Gespräch kommen Und hier ist es wichtig, dass wir unser Verständnis von Sterben und Tod in die Ethikkommissionen der Krankenhäuser einbringen. Und dass wir unseren Glauben an das Geborgensein bei Gott auch im Sterben und über das Sterben hinaus zu Auferstehung nicht verstecken.

Vieles andere mehr wäre zu berichten. Ich denke, unsere Kirche kann stolz sein auf ihre Diakonie.

- 150 Altenheime und Altenpflegeheime mit 15.000 Plätzen – damit ist jeder vierte Altenheimbewohner in Niedersachsen in einer Einrichtung der Diakonie.
- 83 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen mit 14.000 Plätzen – die Diakonie ist der größte Anbieter in Niedersachsen.
- 568 Kindergärten mit 43.600 Plätzen, jeder vierte Kindergartenplatz in Niedersachsen ist in evangelischer Trägerschaft.
- 126 Diakonie-Sozialstationen.

Das sind die großen Linien. Daneben aber habe ich viele kleine Einrichtungen gesehen. Allein die 62 Diakoniegeschäftsstellen unserer Kirchenkreise, von denen ich einige besuchen konnte. Da gibt es die Schuldnerberatung, die so ungeheuer wichtig ist. Wenn beispielsweise ein Versandhaus jetzt anbietet: Heute kaufen, Zahlpause bis zum 15.2.2003, dann wissen unsere Schuldnerberatungen schon, welche Verlängerung ihrer Warteliste das bedeutet. Wenn ein Reiseunternehmen mit dem Slogan wirbt „Heute buchen, morgen reisen, übermorgen zahlen“, gilt das ebenso. Oder

nehmen wir die Schwangerschaftskonfliktberatung. Unsere Landeskirche zahlt den Großteil der Personal- und Sachkosten. Ich denke an die Kleiderkammern, eine davon habe ich im Land Hadeln besucht. Es bedeutet viel für manche Menschen, hier an Kleidung zu kommen. Gerade Bettwäsche ist gefragt - was heißt das in einem Land des Überflusses! 30 Ehe- und Lebensberatungsstellen hält die Diakonie vor, unsere Landeskirche ist größter Anbieter auf diesem Gebiet und übernimmt 60% der Kosten. Suchtkrankenhilfe, Krankenhausseelsorge, Telefonseelsorge, Gefängnis-seelsorge – ja, wir können dankbar sein für die viele diakonische Arbeit, die geleistet wird. Und auf den Vorwurf, hier sei doch so vieles staatlich gegenfinanziert, können wir nur sagen: Ja, etliches wird gegenfinanziert wie bei anderen Anbieter auch, aber unser eigenes Profil lassen wir uns als Kirche einiges kosten. Herr Dr. Krämer hat das gestern eindrücklich dargelegt: 2,3 Millionen € jährlich für die Diakoniestationen, 25 Millionen für die Kindertagesstätten, 1,3 Millionen für die Altenpflegeheime. Oder schauen Sie in den Haushaltplan unserer Landeskirche: 4,1 Millionen für die diakonische Beratungsarbeit (Eheberatung, Suchtberatung, Straffälligenhilfe).

Gewiss wird es in der Zukunft schwierig werden, den finanziellen Herausforderungen zu begegnen, die Zahlen beunruhigen vielerorts. Aber ich plädiere eindeutig dafür, dass das diakonische Profil der Kirche und das evangelische Profil der Diakonie ein Zukunftsfaktor für unsere Planungen sind. Hier sind wir Menschen nahe, hier sind wir ganz beim Nächsten, wie unser Auftrag es fordert. Hier haben wir auch in der säkularen Gesellschaft einen Vertrauensvorschuss und eine ungeheure Chance zur Verkündigung. An manchem Sterbebett, in mancher Krankheitssituation kommt es zu zentralen Diskussionen über den Glauben. Ein evangelischer Kindergarten wird stets die biblischen Geschichten weiter erzählen, ein Gefängnisinsasse sagte: „Zum Glauben bin ich erst hier gekommen.“ Ja, ich sehe die diakonische Arbeit als selbstverständliche Christenpflicht und auch als missionarische Chance. Die Stärke der Diakonie liegt in ihrem christlichen Profil und unserer Vernetzung. Wir haben eine klare Botschaft und genießen bei vielen Menschen Vertrauen. Es gibt große Einrichtungen und kleine, wir könnten vom Krankenhaus, über die ambulante Betreuung bis zum Altenheim oder dem Hospizdienst umfassende Versorgung anbieten. Die Frage wird sein, wie wir unsere Ansprüche an menschenwürdiger Pflege und menschenwürdigem Altern mit der politischen Gesamtsituation in Einklang bringen.

Ganz besonders will ich heute den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden danken. Viele haben mir ihre Sorgen vorgetragen: Werden die Behinderten noch Ansprechpartner haben, die sich wirklich auf sie einlassen, die ihre Stimme sind, wenn sie sich nicht artikulieren können, wenn die Zeiten so eingeschränkt werden? Müssen wir manche wieder wegsperren, weil wir keine Zeit für sie haben? Können wir manche nur noch waschen, weil mehr nicht bezahlt wird? Viele Hauptamtliche setzen zusätzlich ihre ehrenamtliche Energie ein. Sie sitzen dann am Bett und halten die Hand, wenn's ans Sterben geht, auch wenn die Arbeitszeit längst abgearbeitet ist. Und ebenso gibt es ein ungeheuer großes ehrenamtliches Engagement in der Diakonie. Ich denke an die Gefängnis-seelsorge und die Wichtigkeit von Besuchen, bei denen, die nicht besucht werden. An die psychiatrischen Einrichtungen, die versuchen, die Würde der Menschen aufrecht zu erhalten, die völlig am Rande stehen.

Hohe Synode, ich würde gerne noch viel mehr erzählen, dazu reicht die Zeit nicht. Die Solidarität der Starken mit den Schwachen gehört zu unseren Grundaussagen als Kirche. Diakonie ist zentrales Feld kirchlicher Existenz. Kirche ist Grundlage für

Diakonie. Mir liegt daran, dass wir das nicht auseinander definieren. Zudem brauchen wir ganz gewiss eine Koalition der ganzen Gesellschaft für die Pflege. Pflege, Altwerden, Behinderung darf nicht zum Verschiebebahnhof von Kostenfaktoren werden. Die ambulante Pflege ist da sicher ein Testfall, aber auch Krankenhäuser und andere Einrichtungen sind betroffen. Die demographische Entwicklung können wir offensichtlich kaum aufhalten. Wer also wird einmal uns pflegen? Unsere Gesellschaft muss diese Fragen aufgreifen und ernst nehmen, sie darf nicht vor ihnen davonlaufen. Und von der Politik dürften wir erwarten, dass sie Tabus etwa der Beitragsstabilität thematisiert. Ich finde es völlig falsch, alten Menschen so viel Angst zu machen bzw. den jungen, die wissen, das sie alt werden. Es muss eine Grundversorgung geben, auf die gewiss jeder selbst dann etwas nach eigener Wahl aufsatteln kann. Wenn aber in Zukunft ambulant vor stationär geht, dann müssen mehr Menschen im ambulanten Bereich tätig sein.

Übrigens sind die Menschen ja offensichtlich durchaus bereit, auf offensichtliche Hilfsbedürftigkeit zu reagieren. Nehmen wir allein die Flutkatastrophe an der Elbe. Bis Anfang November 2002 gab es bei der Diakonie bundesweit 80.947.566,73 € als Spenden! Das ist das höchste Spendenaufkommen in der Geschichte der Diakonie. Viele Menschen waren Erstspender. Das heißt: Wenn wir klar die Lage erläutern, sind Menschen auch bereit, für andere einzustehen. Unterschätzen wir die vorhandene Solidarität nicht und rufen wir sie klar ab. Machen wir deutlich: Das ist die Wahrheit, das sind die Konzepte und das sind die Kosten.

Unsere Kirche wird weiterhin bestehen für Menschen, für den Umgang mit Menschen. Das ist Kirche und das ist Diakonie.

2. Friedhofskultur

In diesem Monat wurde ich überraschend angefragt, was ich zu Initiativen der Grünen sage, den Bestattungszwang auf Friedhöfen abzuschaffen. Das ist eine typische Situation, das Thema habe ich mir nicht gesucht, es taucht plötzlich auf und zieht einen Rattenschwanz an Fragen, Anfragen und Diskussionen nach sich. Mir jedenfalls ist klar geworden: das ist eine wichtige Diskussion. Und sie ist kennzeichnend für unsere Zeit, die Freiheit mit Preisgabe von Gemeinschaft verwechselt.

Mir liegt daran, dass unsere Kirche für die Bestattung auf dem Friedhof eintritt. Der Tod ist zwar ein persönliches Ereignis, nicht aber ein privates. Es ist eine gute Sitte, gemeinsam zum Grab zu gehen, Abschied zu nehmen. Und ich finde es schade, dass immer öfter in Anzeigen zu lesen ist: „Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir abzusehen“. Das offene Grab ist doch der Ort für die Beileidsbekundung. Und das kann hilfreich sein. Die dort geschüttelte Hand, das dort gesprochene Wort, es ist ein Abschluss und ein Neubeginn zugleich. Denn danach begegne ich den Menschen ja wieder. Und dann gibt es nicht betretenes Schweigen oder Befangenheit, sondern es ist gesagt, was gesagt werden muss.

Mich bedrückt auch, wie viele Menschen sich nahe zu narkotisieren für die Beerdigung. Schon als Pastorin habe ich erlebt, dass eine Witwe zu mir kam und sagte: „Ich kann mich an die Beerdigung überhaupt nicht erinnern. Als wäre ich nicht dabei gewesen, das bereitet mir Albträume.“ Der Tod und das Sterben, sie bleiben gewichtige Themen, wir dürfen sie nicht ignorieren, sondern es geht darum, sie in das Le-

ben zu integrieren. Es tut einer Gesellschaft nicht gut, zu versuchen, den Tod zu tabuisieren und zu privatisieren. Gerade Christinnen und Christen können den Tod und das Sterben thematisieren, weil wir an die Auferstehung glauben. Ganz ergreifend war das, als beispielsweise am Volkstrauertag der Hospizdienst in Hannover sein 10jähriges Jubiläum gefeiert hat und Geschichten der Sterbebegleitung lebendig wurden.

Es ist etwas anderes, ob ich den Opa in einer Urne im Schrank stehen habe, oder ob es ein öffentliches Grab gibt. Das ist ein Ort, wo ich bewusst hingehe. Diese Distanz des anderen Ortes ist einerseits gewiss wichtig. Und die Öffentlichkeit eben auch. Wenn die Urne im Wohnzimmerschrank steht, können andere Angehörige, vielleicht Bekannte, etwa auch uns fremde Trauernde, nicht zum Friedhof gehen, des oder der Toten gedenken, innehalten, eine Blume ablegen. Der Friedhof ist auch ein Ort des Friedens, der Nachdenklichkeit über Gott und die Welt. Je mehr wir den Tod aus der Öffentlichkeit verdrängen, so größer wird unsere Angst vor ihm. Unsere Friedhofskultur aufgeben - das wäre wahrhaftig traurig. Ja, Friedhöfe sind sensible Orte. Das wissen leider auch die Vandalen unserer Zeit. Die Schändung eines Friedhofes ist stets ein besonderer Akt der Verletzung.

In der Debatte ist mir deutlich geworden, dass wir wohl über Friedhofskultur intensiver reden müssen. Da ist zum einen die Frage der Kosten. Die Gebührenpolitik der Städte und Gemeinden fördert offensichtlich die anonyme Bestattung, für die oft weniger als ein Drittel der Kosten verlangt wird.⁵ Diesen Trend wird auch die Halbierung des Sterbegeldes, die zum 1.1.03 von der Bundesregierung geplant ist, verstärken. In der Stadt Hannover ist bereits jede fünfte Bestattung anonym. Das kann nicht in unserem Sinne sein, denn der Name Gottes und auch der Name eines Menschen sind kostbar. Ja, Gott kennt meinen Namen (Ps 91,14).

Die Preise insgesamt sind zu überprüfen. So kann laut Verbraucherverband Aeternitas eine Beerdigung zwischen 2.200 und 12.900 Euro kosten.⁶ Wichtig wäre, dass es preiswertere Alternativen gibt, beispielsweise ein Rasenfeld, wie in anderen Ländern üblich, auf dem einzelne kleine Steine stehen mit Namen und Daten. Da wird konkret erinnert, aber die oft aufwendige Einzelgrabpflege entfällt. Meines Erachtens gibt es aus christlicher Sicht keinen Sargzwang, keine Argumente gegen Urnen, aber die Wichtigkeit namentlicher Erinnerung und öffentlichen Gedenkens. An einem Punkt müssen wir vielleicht neu nachdenken. Ist es richtig, dass die Liegezeiten auf unseren Friedhöfen begrenzt sind, meist auf maximal 25 Jahre? Könnte es da – bei allem Platzmangel – nicht auch andere Formen geben, zumindest als Option? Ich habe in den letzten Tagen manche Mail und manchen Brief erhalten, der klagt, dass das Grab einfach ausgelöscht wurde und es keine Alternative gab... Dagegen spricht auch folgende Erfahrung:

Am 10. November habe ich den jüdischen Friedhof in Göttingen besucht. Dieser Friedhof, auf Hebräisch, Beth Olam, Haus der Ewigkeit oder auch Beth Hachaim, Haus des Lebens genannt, ist ein Zeugnis jüdischen Lebens in Göttingen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde das jüdische Leben in Göttingen nahezu völlig ausge-

⁵ Vgl. Steinmetze rügen Grabgebühren, FR 18.11.02

⁶ Von dem Tabu profitieren nur die Bestatter, Berliner Tagesspiegel 16.11.02

löscht. Von der letzten Deportation kamen nur drei Menschen lebend nach Göttingen zurück. Der Friedhof ist heute ein Gedächtnis dafür, dass es jüdisches Leben in Göttingen gab und eine Ermutigung für diejenigen, die nun aus Russland nach Göttingen kommen und neu jüdisches Leben, deutsches jüdisches Leben beginnen wollen. 1701 der erste Grabstein, nach Osten ausgerichtet. In den Jahren bis 1942 erkennbar die Assimilation, die Einbürgerung in die deutsche Kultur, jetzt gerade Reihen, nicht mehr nach Osten, nicht mehr nur hebräische Buchstaben, auch deutsche. Deutsch-nationale Kränze sogar, ein Mahnmal für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, so geht die Geschichte weiter bis zum jüngsten Grab eines jungen Aussiedlers, der sich ein Jahr nach Ankunft in Deutschland mit 22 Jahren das Leben genommen hat.

Eine besonders ergreifende Geschichte dokumentiert das erste Grab nach dem Holocaust. Hier ist ein christlich-jüdisches Paar begraben. Die christliche Ehefrau hatte ihren jüdischen Mann vor den Pogromen der Nazis im Keller bewahrt. Richard Gräfenberg überlebte. Als er 1951 starb fand sich in seinem Testament der Wunsch, gemeinsam mit seiner Frau Helene begraben zu werden. Aber Christen auf einem jüdischen Friedhof beerdigen – das geht nicht. Die jüdische Gemeinde fand eine wunderbar rabbinische Lösung: Das Grab wurde mit einer Hecke abgegrenzt – und so wurde seine Frau 1957 hier bestattet. Zwischen den Hecken ein Zeichen des Friedens.

Das ist ein Ort der Geschichte, eine Geschichte, die wir nicht erinnern, wenn die Gräber zerstört würden, wenn alle ihre Urnen einfach in den Wohnzimmern beließen. Beim nächsten Umzug, irgendwann, beim Ausräumen der Wohnung durch die Nachkommen, wüsste vielleicht keiner mehr, was in der „komischen Dose“ ist, und sie landet auf dem Müll. So über Jahrhunderte hinweg haben wir diese Erinnerung jüdischen Lebens, christlichen Lebens, eines Tages werden wir an unseren Friedhöfen ablesen können, wann die ersten Muslime sich in Deutschland haben beerdigen lassen.

Treten wir für diese „Häuser der Ewigkeit“, diese Orte des Friedens, für die Friedhofskultur ein. Das „Begleitheft zu Abschied und Trauer“, das der Sprengel Hannover und die römisch-katholische Kirche in der Region Hannover herausgegeben haben, ist ein schönes Beispiel dafür. Ja, der Friedhof ist ein Ort, an dem wir auch selbst nachdenklich werden, Frieden finden den Psalm reflektieren: Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, damit wir klug werden. Ja, wir müssen schon hingehen. Diese wunderbaren Orte der Stille und der Nachdenklichkeit. Für einen Christenmenschen steht über einem solchen Friedhof stets der Monatsspruch dieses Novembers Offenbarung 21,4: „Und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen und der Tod wird nicht mehr sein.“ Wir haben die Hoffnung, dass Gott uns hält über den Tod hinaus.

3. Ökumene

Am 4. September habe ich nach 19 Jahren Mitgliedschaft meinen Rücktritt aus dem Zentrallausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) erklärt. Dieser ganz persönliche Schritt hat nun zu einigen Debatte geführt. Seit einigen Jahren haben

mich die Diskussionen im Ökumenischen Rat befremdet. Der Rat als eigenständiges Organ soll mehr und mehr in den Hintergrund treten, um ganz der Beziehung der Mitgliedskirchen untereinander zu dienen. Wie Erzbischof Kyrill im jüngsten KNA-Interview (19.11.02) sagt: Er ist ein „Ort der Begegnung“.

Mir aber liegt nun gerade an einem ÖRK, der einerseits in der Lage ist, für die Kirche nach außen zu sprechen, weil wir das im Zeitalter der Globalisierung dringend brauchen. Zum anderen halte ich es für gut, dass ein ÖRK die Kirchen drängt, die ökumenische Dimension ihrer Existenz zu verstärken. Beide Aspekte aber wurden im Abschlussbericht der Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im ÖRK deutlich zurückgenommen. Das vom Zentralausschuss nun verabschiedete Resultat, das ich zur Lektüre empfehle, ist weniger als ein Kompromiss und schon gar nicht zukunftsweisend, es ist meines Erachtens ein Dokument der Abgrenzung voneinander.

Das betrifft für mich zuallererst den Gottesdienst. So heißt es unter anderem: „De facto wird der Schmerz, den die Spaltung der Christenheit verursacht, am bittersten in der gemeinsamen Andacht empfunden.“ (S. 9) Nun habe ich gerade nicht den Schmerz über die Trennung, sondern die Freude an der Gemeinschaft in diesen Gottesdiensten empfunden. Im Anhang zum Dokument (A) ist zu erfahren, warum hier nur noch von Andachten die Rede ist: „Der Begriff ‚ökumenischer Gottesdienst‘ hat zur Verwirrung über die ekklesiale Qualität solcher Gottesdienste, den ekklesiologischen Status des ÖRK und den Grad der tatsächlich erreichten Einheit geführt. Aus diesen Gründen wird der Begriff ‚ökumenischer Gottesdienst‘ nicht benutzt werden.“ (S. 17)

Nun soll es keine Gottesdienste mehr geben, sondern „konfessionelle“ und „interkonfessionelle“ gemeinsame Gebete. Im Dokument werden dabei unterschieden die Gebete, die in „ekklesialer Identität“ einer eigenen Denomination stattfinden und die interkonfessionellen gemeinsamen Gebete, die aus unterschiedlichen Traditionen schöpfen dürfen, bei denen aber deutlich sein muss, dass sie nicht von einer Mitgliedskirche verantwortet werden oder von „einer Art hybrider Kirche“ (S.9) Wer soll sie denn verantworten? Jene interkonfessionellen Gebete müssen darauf achten, dass sie „keinen theologischen, ekklesiologischen oder spirituellen Anstoß erregen.“ (S. 10) Zudem heißt es: „Die interkonfessionelle gemeinsame Andacht sollte den Anschein vermeiden, Gottesdienst einer Kirche zu sein.“ (S. 22) Sie wird von einem Ausschuss geplant, der sich sorgfältig mit der Vorbereitung auseinandersetzen soll. Zu den sogenannten „sensiblen Bereichen“ heißt es anschließend: „deshalb sollten diejenigen, die gemeinsame Andachten planen, es vermeiden, in der Frage der Frauenordination auf Konfrontationskurs zu gehen, indem sie voraussetzen, dass die gegenwärtige Praxis einer bestimmten Kirche die einzig mögliche christliche Position in dieser Frage darstellt.“ (S. 24) Auf die Rückfrage, ob dies bedeute, dass ich als ordinierte Frau in einem solchen interkonfessionellen Gebet beispielsweise nicht segnen darf, habe ich bisher keine Antwort erhalten. Machen Sie das aber bitte nicht zum „Frauenproblem“. Das mag zwar manche zusätzlich provozieren. Wenn aber unsere Kirche nicht als Kirche und unser Amt nicht als Amt anerkannt wird, dann gilt das für Männer wie Frauen.

Zudem wird erklärt, dass die Lima-Liturgie zwar in einigen bilateralen Abkommen über Interkommunion eine Rolle spielen möge, dieser Text jedoch keinen offiziellen Status innerhalb des ÖRK habe (S. 26). Sollte es während einer Veranstaltung des

Ökumenischen Rates der Kirchen eine Eucharistiefeier geben, müsse geklärt werden, wer eindeutig „Gastgeber“ sei. Diese konfessionelle Eucharistie dürfe aber nicht Teil des offiziellen Programms sein. (S. 26)

All dies halte ich für einen schwer erträglichen Vorgang nach 75 Jahren Arbeit der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung und 54 Jahren der Existenz des Ökumenischen Rates der Kirchen. Hat sich denn in diesen Jahren nichts bewegt? Waren die Feiern im Gottesdienstzelt von Vancouver alle in irgendeiner Form „illegal“? Für mich ist das ein enttäuschendes Ergebnis. Und wenn nun einige erklären, ich hätte das alles nicht richtig verstanden, einen lutherischen Wortgottesdienst könnten wir da noch immer unterbringen, dann kann ich nur sagen: Das ist eine Abwertung unserer Gottesdienste sondergleichen. Und: Das hat nichts mit der Erfahrung lebendiger Gottesdienste zu tun, in der die Vielfalt verschiedener Kontexte, Traditionen, Bekenntnisse und Spiritualität lebendig wurde. Das war der Schatz des ÖRK. Allerdings ich bin zuversichtlich, dass die Ökumene vor Ort sich dadurch nicht lähmen lässt. Gespräche mit dem griechisch-orthodoxen Metropoliten Augoustinos und Erzpriester Pejic von der serbisch-orthodoxen Kirche haben mich darin bestärkt.

Entgegen einigen Spekulationen will ich ja nicht weniger, sondern mehr Begegnung mit der Orthodoxie. Aber ich muss doch auch sagen dürfen, dass ich uns als Kirche verstehe. Das mag zwar mit orthodoxer Ekklesiologie nicht übereinstimmen, sollte aber doch zumindest respektiert werden. So wie wir als Kirchen der Reformation klären müssen, was uns die Ökumene bedeutet, so muss auch die Orthodoxie sagen, warum sie Gemeinschaft mit uns anstrebt, wenn schon unsere Taufe in Frage steht.

Im genannten Dokument gibt es natürlich auch andere Gesichtspunkte. So soll der Rat nicht für die Mitgliedskirchen sprechen und auch *keine eigenen Positionen* vertreten. Dabei war aber doch stets klar, dass sich Äußerungen „des ÖRK“ nicht hundertprozentig mit den Auffassungen aller Mitgliedskirchen decken, aber zumindest gab es eine Stimme der Kirchen auf Weltebene neben dem römischen Katholizismus. Nun heißt es: „Der ÖRK muss ständig beobachten, wie mit sozialen und ethischen Fragen umgegangen wird, die zur gemeinsamen Beratung vorgeschlagen werden. Wie sollte z.B. beurteilt werden, ob ein bestimmtes Anliegen durch eine echte ‚Kirchenanfrage‘ an den ÖRK herangetragen wird und nicht durch die Lobbyarbeit einer Interessengruppe?“ (S. 8) Wer wäre dann eine Lobbygruppe? Ich erinnere mich gut, dass der Ökumenische Rat der Kirchen die Kirchen in Deutschland in den 80er Jahren geradezu angeregt hat, in ein Gespräch zu kommen zwischen ökumenischer Bewegung, kirchlichen Gruppen und der Institution Kirche mit ihren Gremien. Anregend wird der ÖRK hier offensichtlich nicht mehr sein.

Zum anderen geht es um das *Konsensverfahren*. Es ist beabsichtigt, nur noch im Konsens eine Meinung zu bilden. Hierfür gibt es verschiedene Stufen, die in fünf Punkten erläutert werden. Noch einmal ein Zitat: „Das Konsensverfahren erlaubt so jeder Kirchenfamilie oder anderen Gruppe von Kirchen, durch eine/n Sprecher/in ihre Einwände gegenüber einem Antrag vor dessen Annahme vorzubringen und von der Versammlung berücksichtigen zu lassen. Das impliziert, dass eine Kirchenfamilie oder andere Gruppe von Kirchen einen Antrag solange zurückhalten kann, bis ihren Bedenken voll und ganz Rechnung getragen worden ist.“ (S. 11)

Weiterer entscheidender Punkt ist das *Paritätsmodell*. Es soll einen ständigen Ausschuss geben, der die orthodoxe Mitarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen gewährleistet. Dieser „wird den ÖRK-Leitungsgremien Beratung und Empfehlung geben, u.a. auch in der Frage, wie die Mitarbeit der Orthodoxen im gesamten Leben und in der Arbeit des ÖRK verbessert werden kann.“ (S. 12, 50f.) Welche Bedeutung hat ein solcher Paritätsausschuss? Wird er kontrollieren als eine Art Obergremium?

Vierter inhaltlicher Punkt des Dokumentes ist die Frage der *Mitgliedschaft*. Es wird nunmehr vorgeschlagen, dass es zwei Formen der Mitgliedschaft gibt. Einerseits Mitgliedskirchen, andererseits „assoziierte Kirchen des ÖRK“, die an Sitzungen teilnehmen, beraten, in Kommissionen mitarbeiten, aber nicht für die Ergebnisse des Ökumenischen Rates der Kirchen haftbar gemacht werden können, weil sie nicht mit abstimmen. Das halte ich für einen schwierigen Ausweg. Entweder entschließt eine Kirche sich, Mitglied zu sein und auch die nicht immer leichten Ergebnisse mitzutragen. Oder eine Kirche ist nicht Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen und kann auch in der Entscheidungsfindung nicht mitwirken.

Das alles mag etwas zu kritisch klingen. Mir scheint aber tatsächlich der Ökumenische Rat der Kirchen mit seiner großartigen Tradition und Geschichte selbst am Scheideweg zu stehen. Ist er bereit, den Konflikt zu wagen und auch kritische Themen auf die Tagesordnung zu setzen? Darf ich noch fragen, was die Tendenz zu „kanonischen Territorien“ in Osteuropa bedeutet, die in der Gesetzgebung andere als die orthodoxen Kirchen diskriminiert? Metropolit Kyrill hat erklärt, „Mission gegen die russischen Menschen von heute, Mission unter russisch-orthodoxen Menschen ist Proselytismus. ... Die Leute kommen aus dem Ausland und missionieren unter dem russisch-orthodoxen Volk, das sich zu 83 Prozent zur Russischen Orthodoxen Kirche bekennt. Diese Art Mission einer anderen, einer importierten Konfession, ist für uns Proselytismus.“⁷ Das zeigt dringenden Diskussionsbedarf.

Aber ist der ÖRK bereit, das „privilegierte Instrument der ökumenischen Bewegung“ zu sein, das Gemeinden vor Ort inspiriert? Oder wird er zu einem reinen „Ort der Begegnung“? Dann brauchten wir eine Form, in der die Kirchen der Reformation ihre Stimme hörbar machen auf der Weltebene. Zunächst werden wir die Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre abwarten müssen. Dafür sollten unsere Delegierten mit einem klaren Mandat ausgestattet werden. Danach wird zu beschließen sein, wohin die Reise geht.

Zum Stillstand wird die Ökumene nicht kommen. Allein der Ökumenische Kirchentag im kommenden Mai wird dafür hoffentlich ein lebendiges Zeugnis geben. Oder kleine Erlebnisse wie diese: Im vergangenen Jahr habe ich Bristol als Partnerstadt Hannover besucht und auch die Pfarrkonferenz der Synode, zu der mich Bischof Barry Rogerson eingeladen hatte. Ich kenne ihn schon lange Jahre aus dem ÖRK und da er die erste Frau in der englischen anglikanischen Kirche ordiniert hatte, wollte er seine Pastoren sozusagen mit einer real existierenden Bischöfin bekannt machen. Später hieß es, ich hätte verwirrt. Die sogenannten „Fortschrittlichen“ fanden mich erstaunlich konservativ, die sogenannten „Frauenordinationsgegner“ erstaunlich akzeptabel. However, kann ich da nur sagen... Am Ende der Tagung sagte Bischof Ro-

⁷ KNA-ÖKI 447, 19.11.02, S. 6.

gerson, der Austausch mit Hannover solle intensiviert werden und ein Priester fragte: Könnten wir auch die Bischöfe tauschen... British humor... .

In der Folge lud mich die Oberbürgermeisterin von Bristol ein, Anfang Oktober 2002 in einem Gottesdienst zum Thema „Celebrating the ministry of women worldwide“ zu predigen. Ich habe gern zugesagt. Aber in der Kathedrale von Bristol meinte man, es könne eine Provokation sein, wenn eine lutherische Bischöfin predigt. So hat mich der römisch-katholische Bischof von Bristol in seine Kathedrale (Clifton) eingeladen. Dort hatten wir einen wunderbaren Gottesdienst, in dem er und Bischof Rogerson die Liturgie gestalteten, ich die Predigt hielt, Frauen gestalterische Elemente einbrachten und 700 Personen mitfeierten. Also: Ökumene ist lebendig und immer auch abhängig von dem Engagement Einzelner. Das war ja auch Anfang des 20. Jahrhunderts so.

4. Aus unserer Landeskirche

4.1 Reformationstag

Die bisherige Praxis hier in Niedersachsen an bestimmten kirchlichen Feiertagen, wie Fronleichnam, Reformation oder Allerheiligen sah vor, dass sowohl die Schüler und Schülerinnen wie auch die Lehrkräfte der jeweiligen Konfession an diesen Tagen schulfrei hatten. War dies an einer Schule die überwiegende Mehrheit, konnte der Unterricht für alle ausfallen. Dies war nicht unbedingt eine optimale Lösung. Für Schüler und Schülerinnen der berufsbildenden Schulen bedeutet dies zum Beispiel, dass sie an diesen Tagen in die Betriebe gehen mussten.

Auch auf dem Hintergrund der PISA-Diskussion hat das Land in diesem Jahr den Feiertagserlass geändert: für Schüler und Schülerinnen bleibt die Regelung erhalten, nicht aber die Lehrkräfte. Diesen wurden Minusstunden angerechnet, wenn sie an diesem Tag nicht unterrichteten. Wir als Kirche haben diesen Erlass zur Kenntnis genommen – welches Gegenargument hätten wir vorbringen sollen, wenn alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zwar arbeiten müssen, aber die Lehrkräfte nicht? Das Landeskirchenamt hat in einer Rundverfügung zum Reformationstag an alle Gemeinden dafür geworben, an diesem Tag Schulgottesdienste oder Projekte gemeinsam mit Schulen oder als Kirchengemeinde anzubieten. Dies ist an manchen Orten gelungen, an anderen war es nicht möglich, weil beispielsweise die Kommunen, um Geld zu sparen, die Schulbusse an diesem Tag nicht fahren ließen. Manchmal wurden auch von Schulleitungen Briefe verschickt, die Kinder und Jugendlichen hätten zwar schulfrei, aber die Lehrkräfte würden an diesem Tag Unterricht halten und die Eltern mögen doch überlegen, ob sie ihr Kind dann nicht besser zur Schule schickten...

Insgesamt gesehen hat dieser Erlass viel Unmut bei den Betroffenen und manchmal am Reformationstag fast chaotische Zustände hervorgerufen. All dies hat nicht dazu beigetragen, den Sinn des Reformationstages als eines besonderen Tages in der Gesellschaft wach zu halten. Wir werden den Reformationstag aber nicht an Halloween verkaufen! (Selbst wenn mit diesem amerikanischen Geisterfest inzwischen erhebliche Umsätze gemacht werden). Wir als Landeskirche sind zu Gesprächen mit dem Kultusministerium bereit, um nach einer vernünftigen Lösung zu suchen. Dazu fragen wir zur Zeit über die Landessuperintendentinnen und -intendenden in den ein-

zelen Gemeinden nach, ob es möglich ist - auch unter Einbeziehung der übergemeindlichen Kollegen und Kolleginnen! - am Reformationstag 2003 möglichst flächendeckend Schulgottesdienste oder Projekte mit Schulen anzubieten. Material dazu wird angeboten werden. Wenn dies möglich wäre, hätten wir eine gute Chance, das Anliegen des Reformationsfestes in der Gesellschaft neu bewusst zu machen. Aber nicht nur das: Der Reformationstag muss gefeiert werden!

4.2 Altera

Im Oktober hat erstmals das Projekt „Altera – die andere Seite“ mit neun Teilnehmern stattgefunden. Führungskräfte aus hannoverschen Unternehmen haben in Projekten der Diakonie eine Woche aktiv mitgearbeitet. Sie haben klassische Felder sozialen Handelns unserer Kirche kennen gelernt: Wohnungslosigkeit, Behinderung, Armut, Krankheit, Alter. Neue Lernorte - ungewöhnlich als Fortbildung. Nach ersten Auswertungen war dies ein sehr erfolgreicher Start. Nun sollen im auch Menschen in leitender Verantwortung in diakonischen Einrichtungen eine Woche in Wirtschaftsbetrieben verbringen. Ich halte dieses Projekt für eine kreative Idee, die den notwendigen Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft auf ganz ungewöhnliche Weise fördert.

Diesen Dialog kann auch der Kongress christlicher Führungskräfte ermöglichen, der vom 16.-18. Januar in Hannover tagen wird. Unsere Landeskirche beteiligt sich an Vorbereitung und Durchführung. Wir dürfen gespannt sein.

4.3 AIDS

Am kommenden Sonntag ist 1. Dezember, 1. Advent und auch –Weltaidstag. Deshalb will ich kurz auf das Aktionsbündnis gegen AIDS zu sprechen kommen, das sich zusammengeschlossen hat, um einerseits Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und andererseits Aktivitäten zu koordinieren. Das ist dringend notwendig, denn während AIDS sich zu einer Epidemie steigert, die alle sechs Sekunden eine weitere Ansteckung und alle zehn Sekunden ein weiteres Todesopfer fordert, ist die Erkrankung aus der öffentlichen Wahrnehmung bei uns fast verschwunden. Viele evangelische Institutionen wie das DIFÄM und auch unser ELM haben sich angeschlossen, ebenso einzelne Landeskirchen. Wir sollten überlegen, ob wir als Landeskirche dies auch tun.

4. 5 Nacht der Kirchen

Die weite Verbreitung dieses Bischofsberichtes möchte ich nutzen, um eine Idee bekannt zu machen, die mir schon länger am Herzen liegt und jetzt in Hannover tatkräftig umgesetzt wird. Seit einigen Jahren gibt es mit großem Erfolg eine Nacht der Museen und auch eine Nacht der Theater. Das können wir als Kirche doch auch anbieten! So soll es nicht nur einzelne Gottesdienste für Nachtschwärmer wie in Hildesheim geben (die auch eine gute Idee sind!), sondern davon ausgehend eine lange Nacht der Kirchen als gemeinsame Veranstaltung des Kirchenkreises: Alle Kirchen einer Region oder Stadt präsentieren sich zeitgleich als gute Gastgeberinnen. Sie rechnen mit einem Publikum, das auf Zeit Station macht und in dieser Nacht auf Wanderschaft ist . In Hannover wird der evangelisch-lutherische Stadtkirchenverband Hannover erstmals eine „lange Nacht der Kirchen“ am 5. September 2003 veranstalten. In der Zeit von 18 Uhr bis 1 Uhr (und vielleicht sogar bis zum frühen Morgen)

stehen mit einem vielfältigen Programm für alle Generationen die Türen der Kirchen in Hannover ganz weit offen.

Das Programm soll vielfältig sein und sicher auch davon abhängen, was die Kirchengemeinden zu bieten haben. Natürlich gehören Kurzandachten, kleine Kirchenführungen, Konzerte, viel Orgelmusik, Ausstellungen, Meditationen und das Angebot zum Gespräch dazu. Die Angebote in dieser Nacht werden zeitlich so abgestimmt sein, dass die Menschen immer wieder aufbrechen können, um eine weitere Kirche zu besuchen. Selbstverständlich ist der Eintritt zu allen Veranstaltungen der Nacht frei. Nachtcafés sorgen für das leibliche Wohl. Also: Eine Nacht der Begegnung mit Räumen, Klängen und Menschen unserer Kirche. Ein roter Faden wird alle Kirchen, die sich den Besuchern in dieser Nacht öffnen, miteinander verbinden. Thematische Besuchstouren erleichtern die Orientierung. Die Idee ist nicht neu und wurde bereits in anderen Städten - Berlin, Halle, Magdeburg, Frankfurt, Nürnberg - angeboten. Ich hoffe, dass das hannoversche Konzept viele Nachahmende in der Landeskirche findet. und vielleicht ist eine „Nacht der Kirchen“ bereits 2004 oder 2005 für die ganze Landeskirche denkbar. Ein Anfang ist gemacht.

4.5 Jahr der Bibel

Mit großem Elan und vielen Ideen bereitet unser Haus Kirchlicher Dienste das Jahr der Bibel 2003 vor. Zahlreiche Anregungen werden aufgegriffen, es gibt eine Projektbörse im Internet unter dem Thema „Abgucken erwünscht“, einen ganzen Katalog mit Ideen und Angeboten, den Sie auf Ihren Plätzen vorfinden. Es scheint, dass die gemeinsame Projektarbeit, die Kooperation im Haus Kirchlicher Dienste, aber auch mit vielen Einrichtungen gute Früchte zeigen. Und es zeigt sich, dass unsere Kirche die unterschiedlichsten Kommunikationsmöglichkeiten offensiv nutzt. So hoffe ich, dass das Jahr der Bibel für unsere ganze Landeskirche ein gewichtiger Schwerpunkt wirkt, der nach innen stärkt und nach außen strahlt.

4.6 Kirchentag

Der ökumenische Kirchentag in Berlin steht vor der Tür. 2005 wird dann der 30. Deutsche Evangelische Kirchentag in Hannover stattfinden. Inzwischen haben erste Gespräche stattgefunden mit dem Ministerpräsidenten, dem Regionspräsidenten, dem Oberbürgermeister. Der Senat hat wie bei der EXPO einen kleinen Lenkungsausschuss bestehend aus dem Präsidenten, dem Präsidenten der Synode, der Leiterin des Hauses Kirchlicher Dienste und mir selbst berufen, um den herum es einen größeren Beratungsausschuss gibt. Pastor Riedel-Schneider ist als Leiter der zukünftigen Arbeitsstelle ernannt, die Braunschweiger Landeskirche wird einen Pastor stellen, der dort zu 50% mitarbeitet und zu 50% die Vorbereitung in der eigenen Landeskirche gewährleistet. Zwei weitere Stellen und die einer Verwaltungskraft sind noch zu besetzen. Mir liegt daran, dass wir einerseits gute Gastgeber sein werden und andererseits auch ein, zwei ganz eigene Akzente setzen. In jedem Fall wird es wichtig sein, 2005 das evangelische Profil eines Kirchentages klar herauszuarbeiten. Nach der Erfahrung der EXPO könnten Prof. Dr. Nagel, der Präsident dieses Kirchentages sein wird, und ich uns vorstellen, dass wir besonders den internationalen Charakter des Kirchentages stärken. Kirchenkreise könnten ihre Partner einladen, wir könnten Tickets sponsern lassen. Oder. Wie wäre es mit einem alternativen „World Economic Forum“ auf dem Kirchentag? Nun, wir

„World Economic Forum“ auf dem Kirchentag? Nun, wir werden sehen. In jedem Fall werden wir die Synode auf dem Laufenden halten, was die Vorbereitungen betrifft.

4.7 Advent ist im Dezember

Unsere Aktion hat nun im zweiten Jahr stattgefunden. Inzwischen verbreitert sie sich erfreulich. Die Landeskirchen Bayern, Baden und Württemberg haben sich angeschlossen. Der Deutsche Städtetag hat unsere Initiative, die Weihnachtsmärkte erst nach Toten- bzw. Ewigkeitssonntag zu beginnen deutlich unterstützt. Darüber freue ich mich sehr. Und auch viele Einzelne sind aktive. Eine Frau hat mir in einem Brief geschildert, wie sie beim Einkaufen darauf aufmerksam macht. Ein Blumenhändler hat vor Ewigkeitssonntag bewusst keine Adventsgestecke verkauft. (Als ich hörte, dass er dadurch Umsatzeinbußen hat, bin ich hingegangen und habe unseren Adventskranz für Freitag dort bestellt. Der Mann ist Moslem! Er respektiert unsere Traditionen offensichtlich mehr als manche von uns.) In Lüneburg hat sich die Geschäftsführerin von Peek und Cloppenburg entschuldigt, dass bereits in der vergangene Woche mit der Weihnachtsdekoration begonnen wurde: „Wir schaffen das sonst nicht, aber die Lichter machen wir natürlich erst nach Ewigkeitssonntag an.“ Viele solche Geschichten gibt es und das sollte uns ermutigen. Ein Möbelhaus (dem ich die Prospekte mit den Worten zurückschickte: Sie müssen sich irren, heute beginnt nicht Weihnachten, sondern heute ist Reformationstag, dann kommt Volkstrauertag, Buß- und Bettag und Ewigkeitssonntag, DANACH beginnt der Advent, dann kommt Weihnachten) hat mir einen längeren Brief geschrieben, und mit Arbeitsplätzen sowie der Nachfrage argumentiert. Das ist in der Tat der entscheidende Punkt: „Der Kunde will das.“ Um dieses Argument zu entkräften, müssen wir Menschen überzeugen, dass es gut ist, zu warten, Zeiten besonders zu feiern. Das gilt übrigens auch und zuallererst für Kirchengemeinden und verfrühte Adventsbasare!

Den Vogel abgeschossen hat wahrscheinlich NDR 2 am vergangenen Freitag. Unter dem Motto „Mehr-Advent“ wurde die sogenannte Morgenshow moderiert. Da hieß es: „Wir wollen nicht länger warten. NDR 2 verliert die Nerven und feiert bereits am kommenden Sonntag den ersten Advent. ... Fünf Wochen Advent – das sind nicht nur fünf Kerzen am Kranz, da stärkt nicht nur die Wirtschaft, das bedeutet auch 25% mehr Glühwein, 25% mehr Kerzenschein, 25% mehr Kaufrausch, 25% mehr Advent. Ich fand das unerträglich, nicht witzig und habe mich wie viele andere an Telefon und Email gesetzt. Die Erklärung des NDR, das sei Satire gewesen und wir sollten mehr Spaß verstehen, finde ich nicht komisch. Für Humor bin ich wirklich zu haben, aber das hat die Grenzen des guten Geschmacks überschritten. Ob NDR 2 wohl auf diese Weise den Ramadan auf die Schippe nehmen würde? Oder vielleicht Yom Kippur? Nein, das würden sie nicht wagen, davon bin ich überzeugt. Nur christliche Traditionen werden hierzulande derart lächerlich gemacht. Und wenn wir protestieren, erhalten wir auch noch Anrufe und Mails von unseren „eigenen Leuten“, wir sollten ein bisschen mehr Spaß verstehen, alles nicht so protestantisch bierernst nehmen. Ich frage mich, ob wir unsere eigenen Inhalte eigentlich völlig der Spaßkultur preisgeben wollen.

Hohe Synode, meine Damen und Herren, am kommenden Sonntag ist nun erster Advent. Ich freue mich darauf. Wir werden das Haus schmücken, die alten Rituale beleben und eine Kerze anzünden: wir hoffen auf das Licht Gottes in dieser Welt. Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Adventszeit.